

## 15. Wahlperiode

---

### **Mitteilung – zur Kenntnisnahme –**

#### **Sicherung des NS-Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide als Denkmal und Begegnungsstätte**

Drucksachen 15/791 und 15/1042 – Zwischenbericht –

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 28. November 2002 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, sich bei der Oberfinanzdirektion dafür einzusetzen, die Verwertungsinteressen für das Grundstück Britzer/Köllnische Straße im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zurückzustellen und damit am historischen Ort des NS-Zwangsarbeiterlagers die Errichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums zu unterstützen.“

Hierzu wird berichtet:

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2002 habe ich die Oberfinanzdirektion ersucht, die bundeseigene Liegenschaft Britzer/Köllnische Straße für einen symbolischen Kaufpreis an das Sozialpädagogische Institut (SPI) zur Errichtung und Entwicklung einer Gedenk- und Begegnungsstätte zu übertragen. Parallel habe ich mich am 18. Dezember 2002 an die Beauftragte für Kultur und Medien mit der Bitte gewandt, sich ihrerseits gegenüber der OFD für das gemeinsame Anliegen zur Sicherung des historischen Ortes einzusetzen.

Mit Brief vom 24. Januar 2003 an mich hat die Oberfinanzdirektion dieses Ansinnen zurückgewiesen mit dem Hinweis, dass sie gehalten sei, die entbehrlichen Liegenschaften zum vollen Verkehrswert über ein öffentliches Bieterverfahren zu veräußern und dass das von mir vorgeschlagene Verfahren in diesem Rahmen nicht berücksichtigungsfähig ist.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Jedoch mit Blick auf die der OFD bekannten Planungen zur Schaffung einer Gedenk- und Begegnungsstätte auf diesem Gelände hat sie die Veräußerung an Dritte nochmals zurückgestellt. Derzeit wird eine Grundstückswertermittlung durchgeführt. Nach Vorlage dieser Angaben wird die OFD das SPI zu einem gesonderten Gespräch einladen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bleibt abzuwarten, bevor ein Schlussbericht vorgelegt werden kann.

Unabhängig von der Grundstücksfrage sind aber auch noch die programmatischen und finanziellen Probleme zu erörtern. Dazu werde ich in Kürze ein Gespräch mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft führen.

Nach alledem bitte ich um Fristverlängerung bis 30. Juni 2003.

Berlin, den 24. Februar 2003

Dr. Thomas Flierl  
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur